

# Einladung

Wir laden Sie ein, bei der neuen Partei der Linken mitzumachen. Schauen Sie bei uns vorbei: vor Ort ...

Landesverbände von WASG und Die Linke.  
Kurfürstenstr. 8, 60486 Frankfurt, Tel. 069-706502 (Die Linke.), 069-77012861 (WASG)

Nordhessen-Büro von WASG und Die Linke.  
Erzberger Str. 8, 34117 Kassel, Tel. 0561-9201503

Mittelhessen-Büro von WASG und Die Linke.  
Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel. 06421-163873

... im Internet ...

[www.wahlalternative-hessen.de](http://www.wahlalternative-hessen.de)

[www.die-linke-hessen.de](http://www.die-linke-hessen.de)

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

... oder wenden Sie sich an unsere Bundestagsabgeordneten:

[wolfgang.gehrcke@bundestag.de](mailto:wolfgang.gehrcke@bundestag.de)

[werner.dreibus@bundestag.de](mailto:werner.dreibus@bundestag.de)

## Ich will

Bitte einsenden an eine der oben genannten Adressen

- Infos über die  WASG  Die Linke.  
 Kontakt vor Ort zu  Die Linke.  WASG  
 Mitglied werden bei  Die Linke.  WASG

Vorname Name

Straße E-Mail

PLZ Ort

## Links wirkt ...

Bei der Bundestagswahl 2005 haben wir in Hessen 5,3 Prozent der Stimmen gewonnen. Für die hessischen Linken sind Wolfgang Gehrcke und Werner Dreibus im Bundestag.

Die Kommunalwahl vom 26. März macht deutlich, dass dieses Ergebnis kein Zufall ist: Die Linke und die WASG sind mit über 1.400 Kandidatinnen und Kandidaten angetreten. Uns gelang der Sprung in die Parlamente der kreisfreien Städte und in fast alle Kreistage. Zwischen fünf und zehn Prozent der Stimmen haben die gemeinsamen Listen von WASG, Linkspartei und vielen anderen Linken in Frankfurt, Kassel, Marburg, Gießen, Offenbach, Rüsselsheim und Hanau erreicht. Fast 150 linke Parlamentarierinnen und Parlamentarier engagieren sich jetzt in Stadtverordnetenversammlungen, Ortsbeiräten und Kreistagen

- ▶ gegen Privatisierungswahn und Ein-Euro-Jobs;
- ▶ für mehr Demokratie - die Erleichterung von Volksbegehren und Bürgerhaushalte;
- ▶ für Klimaschutz - durch Energieeinsparung, erneuerbare Energie und eine umweltfreundliche Verkehrspolitik.

Die Abgeordneten und die linken Listen personifizieren die neue linke Partei, die seit den Bundestagswahlen im vergangenen Jahr entsteht und bis 2007 bundesweit gegründet werden soll: Damit links von SPD und Grünen Druck entsteht und das Soziale wieder eine starke Stimme hat.

## ... in Hessen!

V.i.S.d.P.: Achim Kessler, Kurfürstenstr. 8, 60486 Frankfurt

**WASG** **DIE LINKE.**  
Die Wahlalternative Landesverband Hessen

# Links wirkt in Hessen!

Für gebührenfreie  
Bildung!  
Gegen Hartz IV und  
Privatisierungen!  
Für einen gesetzlichen  
Mindestlohn!



## Bildung gebührenfrei!

„In Finnland hört man lautes Lachen, wie die in Hessen Bildung machen“ war kürzlich auf einem Spruchband bei einer Protestaktion gegen die hessische Kultusministerin Karin Wolff zu lesen. Die Koch-Regierung hält im Gegensatz zum skandinavischen PISA-Sieger am dreigliedrigen Schulsystem fest, obwohl dieses die Hauptursache dafür ist, dass Kinder aus ärmeren und aus Einwandererfamilien geringere Bildungschancen haben.

Geht es nach der CDU-Regierung, soll Bildung sich vor allem rechnen. Statt den Lehrermangel durch Neueinstellungen zu beheben, schlägt Ministerin Wolff mit der „Unterrichtsgarantie plus“ den billigen Weg ein. Bei Unterrichtsausfall sollen schlecht bezahlte Hilfslehrer einspringen.

An den Hochschulen soll durch Verschulung, Zusammenlegung einzelner Sparten und die Abschaffung „unproduktiver“ Fachbereiche Geld für eine kleine Elite locker gemacht werden. Die Masse der Studierenden wird mit Billigabschlüssen abgefunden und soll künftig 500 Euro Studiengebühren pro Semester zahlen - Nicht-EU-Bürger sogar bis zu 1.500 Euro. Dies verstößt gegen die Hessische Verfassung, in der es heißt: „In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich.“

## Bildung für alle!

Wir fordern die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems aus Gymnasien, Real- und Hauptschulen. Wir brauchen eine Schule, die allen Kindern, unabhängig von Einkommen und Herkunft der Eltern, die gleichen Bildungs- und damit Berufs- und Erfolgchancen eröffnet. Alle Schülerinnen und Schüler sollen bis zum zehnten Schuljahr gemeinsam lernen. Wir fordern ein gebührenfreies Bildungssystem - vom Kindergarten bis zur Hochschule. Wir unterstützen den Widerstand gegen die Einführung von Studiengebühren. Bildung darf nicht privatisiert und auf ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit reduziert werden.



Die hessischen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gehrcke und Werner Dreibus

## Hartz IV kippen - Mindestlohn einführen!

Beim Sozialabbau sind sich CDU, SPD, FDP und Grüne einig: Gemeinsam haben sie die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf niedrigem Niveau durchgesetzt. Hartz IV ist Armut per Gesetz. Es trifft nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch Menschen, die noch Arbeit haben. Da die Arbeitslosen gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen, geraten die Löhne unter Druck.

Dagegen kämpfen wir. Die Bundestagsfraktion hat beantragt, Hartz IV zurückzunehmen - bis dahin muss der Regelsatz auf mindestens 420 Euro erhöht werden. In Hessen verlangen wir von Land und Kommunen, auf Ein-Euro-Jobs und Zwangsumzüge zu verzichten. Der Tendenz zu Niedriglöhnen wollen wir durch Einführung eines Mindestlohns von wenigstens 8 Euro begegnen. Dadurch wird auch die Binnennachfrage belebt; neue Arbeitsplätze entstehen.

## Privatisierung stoppen!

Der Privatisierungswahn der Koch-Regierung nimmt immer bedrohlichere Züge an. Anfang 2006 wurden die Universitätskliniken von Gießen und Marburg weit unter ihrem Wert an den Gesundheitskonzern Rhön-Klinikum AG verschleudert. Die Folgen für die Gesundheitsversorgung und die Freiheit von Forschung und Lehre sind unkalkulierbar. Wie befürchtet, sollen 1.500 Arbeitsplätze abgebaut werden. Jetzt prüft die Landesregierung die Privatisierung der Hessischen Landesbahn, eines gewinnbringenden staatlichen Unternehmens.

Wenn dieses Jahr der Gründung Hessens vor sechzig Jahren gedacht wird, lohnt sich angesichts der aktuellen Entwicklungen ein genauerer Blick auf die Hessische Verfassung, die am 1. Dezember 1946 durch eine Volksabstimmung angenommen wurde.

## Verfassung achten!

Eine der wichtigen Lehren, die die hessischen Verfassungsväter und -mütter aus den Jahren des Nazi-terrors zogen, war die, dass es nie wieder zu einer privaten Konzentration und zum Missbrauch wirtschaftlicher Macht kommen darf. In Art. 38 heißt es: „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen.“ Und Artikel 41 sah sogar die Sozialisierung wichtiger Wirtschaftsbereiche wie Bergbau, Energie und Bahnen vor.

Die Privatisierungspolitik der Regierung in Wiesbaden verstößt also gegen die Hessische Verfassung. Wenn der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag Oskar Lafontaine feststellt, „die Privatisierung ist ein Zurückdrängen der Demokratie. Sie ist aber auch eine Enteignung des einzelnen und des gesamten Volkes“, so würden ihm die Autorinnen und Autoren der hessischen Verfassung sicherlich zustimmen.

Die Linkspartei und die WASG werden sich dem Privatisierungswahn der Koch-Regierung weiter entgegenstellen.